



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 125. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. Januar 2022, 10 Uhr,
als Videokonferenz

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Annabell Krämer (FDP)
Lars Harms (SSW)

Dem Ausschuss zugewiesener Abgeordneter

Jörg Nobis (Zusammenschluss AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht des Finanzministeriums zur baulichen Situation des Amtsgerichts Pinneberg	4
2.	Vorläufiger Haushaltsabschluss 2021, Zuführung aus dem Haushaltsüberschuss 2021 an die Rücklage „Aufstockung der Corona-Nothilfe aus strukturellen Überschüssen nach § 10 Absatz 5 Haushaltsgesetz“ aus Titel 1111 – 919 19 gemäß § 10 Absatz 5 Haushaltsgesetz 2021	5
3.	Information/Kenntnisnahme	6
	Umdruck 19/6975 - Auflösung des KoPers-Beirats zum 01.02.2022	
	Umdruck 19/6982 - Hafenbehördliche Zuständigkeit in Brunsbüttel	
	Umdruck 19/6981 - E-Sport	
	Umdruck 19/6986 - künftige Umsatzbesteuerung des Landes nach § 2b UStG	6
4.	Verschiedenes	7

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Videositzung um 10 Uhr. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht des Finanzministeriums zur baulichen Situation des Amtsgerichts Pinneberg

Finanzstaatssekretärin Dr. Torp knüpft an die Beratung des Finanzausschusses am 19. August 2021 an und berichtet über den aktuellen Stand (siehe Anlage). Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet sie, die Ausweitung des Monitorings diene der Sicherheit der Beschäftigten. Auf der Grundlage eines zu erstellenden Schadensbildes nehme man eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vor und entscheide dann über Abriss/Neubau oder Sanierung.

Herr Eisoldt, Geschäftsführer der GMSH, beziffert die Planungskosten für die geplante Sanierung des Westflügels des Amtsgerichts Pinnebergs in den Jahren 2016 bis 2021 auf 170.000 € (Umdruck 19/6857).

Herr Mitterer, Referatsleiter im Justizministerium, teilt mit, es gebe keine Verluste von Akten. Zum 1. Oktober 2021 sei eine zusätzliche Verwaltungskraft an das Amtsgericht Pinneberg abgeordnet worden. Darüber hinaus habe das Amtsgericht für zwei Monate drei Viertel Arbeitskraftanteile im Rechtspflegerbereich erhalten; beim Einsatz von Rechtspflegern im Landgerichtsbezirk Itzehoe sei das Amtsgericht Pinneberg vergleichsweise entlastet. Am Standort Quickborn seien zusätzlich drei Wachtmeister eingesetzt worden, und auch das Amtsgericht Pinneberg werde von den im Haushalt 2022 neu geschaffenen 25 Stellen für Serviceeinheiten und drei Stellen für Wachtmeister profitieren.

2. Vorläufiger Haushaltsabschluss 2021, Zuführung aus dem Haushaltsüberschuss 2021 an die Rücklage „Aufstockung der Corona-Nothilfe aus strukturellen Überschüssen nach § 10 Absatz 5 Haushaltsgesetz“ aus Titel 1111 – 919 19 gemäß § 10 Absatz 5 Haushaltsgesetz 2021

Finanzministerin Heinold kündigt an, dem Finanzausschuss den Bericht Ende nächster Woche zuzuleiten.

3. Information/Kennntnisnahme

[Umdruck 19/6975](#) - Auflösung des KoPers-Beirats zum 01.02.2022

[Umdruck 19/6982](#) - Hafenbehördliche Zuständigkeit in Brunsbüttel

[Umdruck 19/6981](#) - E-Sport

[Umdruck 19/6986](#) - künftige Umsatzbesteuerung des Landes nach
§ 2b UStG

Zu Umdruck 19/6982 - Hafenbehördliche Zuständigkeit in Brunsbüttel - fragt Abg. Petersdotter das Wirtschaftsministerium, wie die jährliche Konnexitätsausgleichsverpflichtung des Landes in Höhe von 330.000 € finanziert und die betroffenen Landesbediensteten eingesetzt werden sollten.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer bittet darum, dem Finanzausschuss die im Vertrag zum Konnexitätsausgleich genannten Anlagen zuzuleiten.

Der Finanzausschuss will die aufgeführten Umdrucke in der nächsten Sitzung zur Kenntnis nehmen. Umdruck 19/6986 soll als ordentlicher Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen beraten werden.

4. Verschiedenes

a) Der Finanzausschuss will am 27. Januar 2022 in der Plenarmittagspause die kommunalen Landesverbände, den DGB und den dbb zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Corona-Sonderzahlung, Drucksache 19/3557, anhören. - Abg. Raudies bittet das Finanzministerium, dem Finanzausschuss die Stellungnahmen zum Referentenentwurf der Landesregierung zur Verfügung zu stellen.

b) Finanzministerin Heinold kündigt an, dem Finanzausschuss einen Vorschlag zum Zeitplan für die Aufstellung des Haushaltsentwurfs 2023 zu unterbreiten.

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 10:55 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer